

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

am Donnerstag hat Angela Merkel im Plenum des Bundestages eine Regierungserklärung abgegeben zum **Europäischen Rat**. Peer Steinbrück hat für die SPD darauf geantwortet. Die Bundeskanzlerin tat mir beinahe leid, als sie unserem designierten SPD-Kanzlerkandidaten zuhörte. Man merkte ihrem Gesichtsausdruck an, dass sie weiß, dass Peer Steinbrück der richtige Mann fürs Kanzleramt ist. Die Angriffe von Union und FDP auf Steinbrück waren durchschaubar: Die Union diskreditiert Steinbrück als vermeintlichen Handlanger der Banken. Die FDP dagegen behauptet, Steinbrück sei ein Kommunist. Das zeigt die Unsicherheit der schwarz-gelben Koalition. Und das zeigt, dass Peer Steinbrück der richtige SPD-Kanzlerkandidat ist.

In Steinbrücks Grundsatzrede zu Europa und den aktuellen Rettungsmaßnahmen für den Euro und für Griechenland wurde deutlich, dass Merkel immer nur kurzfristige Flickschusterei in Europa betreibt. Peer Steinbrück dagegen hat ein sozialdemokratisches Konzept für ein solidarisches und solides Europa. Wir müssen ehrlich und offen die Probleme in Europa angehen und den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einschenken. Merkel rückt nur stückchenweise mit der Wahrheit raus und belegt damit immer wieder das so genannte „Merkelsche Gesetz“: Das, was die Kanzlerin mit großem Getöse ablehnt, wird ein paar Wochen später eingeführt. Merkel verweigert, die Realität anzuerkennen. Sie sieht nicht, dass Griechenland die Anforderungen aus dem Rettungspaket nicht fristgemäß erfüllen kann. Sie sieht nicht, dass Spanien sein Bankenproblem nicht im Griff hat. Sie sieht nicht, dass die EZB als Feuerlöscher in der Krise agieren muss. Zu keiner dieser brennenden Fragen gibt die Kanzlerin eine Antwort.



Berlin-Brief, Ausgabe 125
19. Oktober 2012

Meine Termine

Ausbildungsmesse der „Initiative Berufsabschluss: Jungen Menschen eine Chance geben“

19.10.2012, 15 Uhr, Heilbronn, Haus des Handwerks, Allee 76

Workshop „Integration und Erweiterung“ beim WIR-Kongress der Jusos Baden-Württemberg

20.10.2012, 13.30 Uhr, Karlsruhe, Anne-Frank-Haus, Moltkestraße 20

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

22.10. – 26.10.2012, Berlin

Mitgliederversammlung des Ortsvereins Lauffen: Aktuelles aus Berlin

26.10.2012, 19 Uhr, Lauffen, Weinstube zum Katzenbeißer, Im Geigersberg 6

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

Uns Sozialdemokraten ist seit langem klar, dass Hilfskredite zwar nötig sind, aber bei weitem nicht ausreichen. Wir müssen die Probleme der Eurozone an der Wurzel packen. Wenn jeder Vierte in den Krisenländern arbeitslos ist und jeder zweite Jugendliche keine Perspektive auf einen Job hat, dann ist mit der Krisenpolitik in den letzten drei Jahren etwas furchtbar schief gegangen. Die SPD konnte der Bundesregierung in den Verhandlungen zum Fiskalpakt im Sommer abtrotzen, dass wir einen Pakt für Wachstum und Beschäftigung sowie ein Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa brauchen. Damit wurde endlich die Merkelsche Doktrin der reinen Sparpolitik abgelöst, die fatale soziale Folgen hatte. Ich verfolge genau, wie die Bundesregierung die Beschlüsse für neues Wachstum und Beschäftigung in Europa vertritt. Nächste Woche muss die Regierung auf meinen Antrag hin im Ausschuss für Arbeit und Soziales berichten, was sie konkret gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa tut. Wir Sozialdemokraten stehen für eine langfristige und vorausschauende Politik in Europa, die das soziale Europa nicht vergisst. Die Union agiert dagegen ohne Konzept mit dem Rücken zur Wand.

Am Donnerstag haben wir im Plenum deutlich gemacht, wer in Deutschland **die Transparenz bei Nebeneinkünften** verhindert: Das sind Union und FDP. Ausgerechnet diejenigen, die momentan Transparenz für Peer Steinbrück fordern, wollen sich selbst davon ausnehmen. Wenn es eine komplette Transparenz gäbe, würde man sofort merken, dass die meisten Großverdiener in den Abgeordnetenreihen von Union und FDP sitzen. Es ist eine unerträgliche Scheinheit von Schwarz-Gelb, von Peer Steinbrück etwas zu fordern, was sie selbst nie im Leben machen würden! Wir haben in dieser Woche eine weitere Verschärfung der Offenlegungspflichten vorgeschlagen: Alle Nebeneinkünfte sollen in den konkreten Summen und mit den konkreten Auftraggebern oder Vertragspartnern gemeldet werden, und zwar nicht nur dem Bundestagspräsidenten, sondern öffentlich einsehbar für jeden, der es wissen will. Doch wen wundert's: Union und FDP mauern wieder, wenn es um ihre eigenen Leute geht, die Transparenz und das Licht der Öffentlichkeit scheuen.

In Heilbronn fand in der vergangenen Woche die **Wahlkreiskonferenz der SPD** statt. Ich wurde mit 96,8 Prozent zum dritten Mal als SPD-Bundestagskandidat aufgestellt. Ich bedanke mich für dieses große Vertrauen! Wir werden im Wahljahr 2013 deutlich machen, dass die SPD die Konzepte für ein zukunftsfähiges und sozial gerechtes Europa hat. Unser sozialdemokratisches Ziel ist es, wirtschaftlich erfolgreich zu sein und die Menschlichkeit zu wahren. Ich freue mich, für die SPD Heilbronn hier weiter aktiv sein zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

